

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe am Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 20 M., durch unsere Vertreter zugetragen in der Stadt monatlich 20 M., auf dem Lande 22 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 60 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstellen und Postboten sowie unsere Vertreter und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Interrumpionspreis 20 M. für die 6 gepaltene Korpusgröße oder deren Raum, Namen, die 2 halbe Korpusgröße 20 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gepaltene Korpusgröße 20 M. Nachmittags-Beilage 10 M. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Aufträge übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne Erlaubnis ist strafbar. Wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 70.

Dienstag / Mittwoch 19. / 20. Juni 1923.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die Reichsregierung hat den an der Ruhrbesetzung nicht beteiligten Mächten eine Protestnote gegen die neuen Schwabstaten der Franzosen im Einbruchgebiet überandt.
- \* Das französische Kriegsgericht in Werden hat acht deutsche Zehndirektoren zu Gefängnisstrafen und zu Geldstrafen von 1,7 Millionen Mark verurteilt.
- \* In Dortmund weigern sich die Franzosen, die Lebensmittelpreise am Bahnhof auszulassen zu lassen.
- \* Der vom Kriegsgericht in Mainz zum Tode verurteilte Landwirtschaftslehrer Görge hat gegen das Urteil Revision eingelegt.
- \* Die französische Kammer hat nach einer stürmischen Nacht Sitzung mit 376 gegen 200 Stimmen ein neues Vertrauensvotum für Poincaré beschlossen.
- \* Der frühere bulgarische Ministerpräsident Stambulinski wurde von den Regierungstruppen gefangen und bei einem Fluchtversuch erschossen.

## Goldlohn?

Von sachverständiger Seite wird uns zu der Frage der Lohn- und Gehaltsangleichung an die Preise geschrieben:

In den letzten Tagen ist infolge der fortschreitenden und katastrophal anmutenden weiteren Entwertung der Mark mit ihren Folgen eine unabweisbar in gleichem Maße zunehmende Belastung der innenpolitischen Lage eingetreten. Breite Kreise der Gehalts- und Lohnempfänger sehen sich widerstandslos einer ständigen und heimmungslosen Verminderung ihres Einkommens gegenüber und verlangen deshalb mit steigendem Nachdruck nach Abhilfe und Ausgleich. In diesem Zusammenhange ist nun in besonderer die Forderung nach Goldlohn aufgetaucht und viel erörtert worden.

Innerhalb der nicht durch Besitz und Vermögen gesicherten Kreise weist man darauf hin, daß Industrie und Wirtschaft sich seit geraumer Zeit auf Goldrechnung eingestellt hätten, und daß eine immer größere Annäherung aller Preise an den Dollarstand unfermentbar sei. In einzelnen Industriezweigen wäre dieser sogar schon verschiedentlich überschritten worden, und überhaupt ginge die Tendenz dahin, daß ganz allgemein nur noch auf Goldbasis kalkuliert würde. Bei gerechter Einstellung muß dazu allerdings gesagt werden, daß diesem Bestreben im Grunde nur das Verlangen zugrunde liegt, sich gegen die dauernde Entwertung mit allen Mitteln zu schützen. Das gilt in besonderer für kleine und kleinste Produzenten, die schließlich daran denken müssen, daß ihnen nicht die Mittel zur weiteren Produktion unter den Händen zerfließen. Der Kleinhandel schämt sich also genau wie der Großhandel dagegen, daß er seine Preise nach Möglichkeit mit dem Dollarstand in Einklang bringt, und er hat dazu sogar vielleicht noch mehr Berechtigung als der wirtschaftlich weit stärkere Großhandel. Nur gegen Auswüchse solcher Bestrebungen kann und muß man mit äußerster Schärfe vorgehen.

Steht es aber fest, und ist deshalb die Aufwärtsbewegung der Preise sozusagen unser Schicksal, dann steht auf der anderen Seite fest, daß diejenigen, die die täglich höheren Preise bezahlen müssen, eine entsprechende Erhöhung ihres Einkommens verlangen. Der Preisrevolution soll eine Lohnrevolution möglichst schnell auf dem Fuße folgen, und zur Begründung dafür weisen Gewerkschaftsführer und Wirtschaftspolitiker gleichwertig darauf hin, daß heute die Lebenshaltung unter die Hälfte des Standes von 1913 gesunken sei. Auch hierzu läßt sich eine Einwendung machen, nämlich die, daß es Volkswirtschaftlichen (Klein- und Sozialrentner usw.) gibt, die sich mit einem noch viel geringeren Prozentsatz begnügen müssen.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitnehmerschaft sind jedoch recht stark, und die erwähnte Belastung der inneren Lage wird dadurch schwerer, daß sie mehr und mehr ihren politischen Einfluß im Sinne der Lohnverbesserung einleiten. Es ist nun zweifellos, daß die ansehender so einfache Rechnung „Goldpreise — für Goldlöhne“ auch in den in erster Linie maßgebenden Kreisen der Arbeitnehmerschaft nicht ohne weiteres als alleinartig betrachtet zu werden scheint. Die Rechnung wäre sehr leicht, wenn es angeinge, daß man z. B. den Friedenslohn mit einer bestimmten Ziffer für die jeweiligen Lebenshaltungskosten vervielfältigte, d. h., man würde sagen: So und so viel hat der und der Arbeiter 1913 verdient, inzwischen ist die Teuerung um das Sechsfache des Standes von damals gestiegen, und nun wird einfach multipliziert. Da wird aber der Einwand erhoben, daß es eine zuverlässige und unangreifbare Ziffer für die steigende Teuerung nicht gibt. Gegen den sogenannten Index des Statistischen Reichsamtes wird eingewendet, daß er nur den Durchschnitt zweier Zahlen im Monat darstelle und wichtige Bedürfnisse nicht genügend berücksichtige. Daher stehen deshalb die Dinge fürs erste so, daß von gewerkschaftlicher Seite der Goldlohn selbst als nicht unbedingt geeignet be-

zeichnet wird, und daß man nach einer Methode sucht, die auf Grund einer sicheren Indexziffer es den Gewerkschaften erspare, immer wieder lebendig gegen die dauernde Senkung des Realeinkommens eintreten zu müssen.

Man sieht also, daß wir uns auch hier wieder in dem bekannten Kreise drehen, in dem wir auf allen Gebieten unseres heutigen Daseins befangen sind. Tatsächlich geht natürlich auch die Lohnentwertung unaufhaltbar in immer stärkerer Anlehnung an den Lebenshaltungsindex vor sich, und man wird vielleicht auch eines Tages das Mittel des selbständigen Angleichens finden. Gegen ein überstürztes Vorgehen spricht jedenfalls auch das Interesse einer geregelten Fortführung der Gesamtwirtschaft, von dem Arbeitgeber wie Arbeitnehmer abhängen. Und dann zuletzt wollen und dürfen wir ja auch nicht vergessen, daß der tiefste und innerliche Grund auch dieser unserer Note — Herr Poincaré und seine Politik sind...

## 1700 Milliarden Geldstrafe.

Neue Urteile in Werden.

Das Kriegsgericht in Werden, welches kürzlich die Kruppdirektoren verurteilte, fällt jetzt ein neues ungeheuerliches Urteil. Verhandelt wurde gegen den Bergassessor a. D. Direktor Hermann Kellermann von der Guten Hoffnungshütte-Oberhausen, den Assessor a. D. Direktor Wilhelm Falke von den Rombacher Hüttenwerken (Beche Rombach-Oberhausen) und den Prokuristen Peter Friedmann von der Adler Akt.-Ges. für Bergbau in Kupferdree. Wenige Tage vor Pfingsten wurde an die meisten Jechen eine Aufforderung zur Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen gerichtet. Nach Ablauf von fünf Tagen wurden die drei Herren verhaftet. Die Anklage lautet auf Verstoß gegen die Verordnung 33 des Generals Degoutte. Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen Direktor Kellermann fünf Jahre Gefängnis und 24 395 760 Franz. Geldstrafe, das sind ungefähr 170 Milliarden deutscher Papiermark. Der Gerichtshof verkündete das Urteil gemäß dem Antrage des Anklagevertreters. Das Urteil gegen Falke lautete auf fünf Jahre Gefängnis und 6,2 Millionen Franz. Geldstrafe, das sind 42 780 000 000 deutsche Papiermark. Gegen den Prokuristen Friedmann lautete das Urteil auf 56 925 Millionen Papiermark Geldstrafe oder 8,25 Millionen Franz. Von einer Freiheitsstrafe gegen Friedmann wurde abgesehen.

Außer diesen drei Angeklagten, die zusammen zu 269 Milliarden verurteilt wurden, standen noch fünf andere Zehndirektoren vor dem französischen Kriegsgericht. Jeder wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die Geldstrafen, die über diese Herren verhängt wurden, belaufen sich zusammen auf 1431 Milliarden Mark.

## Wieder ein Bombenattentat.

Ein Toter, mehrere Verletzte.

Unweit der Station Wingen, bei Bubenheim, ist am den D-Zug Mainz-Paris, den die Franzosen führen, ein Bombenattentat ausgeführt worden. Die Bombe platzte unter dem dritten Wagen und tötete einen Soldaten. Mehrere Personen haben schwere Verletzungen davongetragen. Der Zug erlitt einen etwa einstündigen Aufenthalt, setzte dann aber seine Fahrt fort.

Das Attentat wurde genau so ausgeführt wie jene in der Pfalz, so daß man annehmen muß, daß hier eine Organisation nach bestimmten Plänen und unter einer einheitlichen Leitung arbeitet.

## Gegen die Dortmunder Mörder.

Eine deutsche Protestnote.

Die deutschen Botschaften in London, Madrid, Rom, Washington und Moskau, die deutschen Gesandtschaften in Haag, Bern, Kopenhagen, Christiania, Stockholm, Riga und Warschau sind beauftragt worden, den dortigen Regierungen eine Note zu überreichen, in der die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit der nicht an der Ruhraktion beteiligten fremden Regierungen auf die unheilvollen Gewaltakte lenkt, mit denen die französisch-belgischen Besatzungstruppen gegen die Bevölkerung des alt- und neubesetzten Gebietes vorgehen. Die Note weist auf die Erschießung Schlageters, auf die Tötung von sechs Deutschen in Dortmund und auf das Todesurteil gegen Görge hin und sagt weiter, daß französische Vorgehen mache alle Bemühungen der deutschen Regierung, beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken, illusorisch. Es stärkt nicht nur in der Bevölkerung das Gefühl der Notwendigkeit, gegenüber dem fremden Militarismus den passiven Widerstand aufrechtzuerhalten, sondern beschwört darüber hinaus immer erster die Gefahr heraus, daß die in ihrem innersten Empfinden getroffene Bevölkerung sich zu verzweifelten Unbesonnenheiten hinreißen läßt, die in ihren Ausweitungen weit über das besetzte Gebiet hinausgehen. Die

deutsche Regierung legt gegen die fortgesetzte französische Gewaltpolitik Verwahrung ein und stellt öffentlich fest, daß die Verantwortung für deren Folgen allein auf die französische Regierung fällt.

Wie die Franzosen in Dortmund wüteten.

In der Anlage zu dieser Note ist eine eidliche Zeugnisaussage enthalten, worin ein Dortmunder Einwohner schildert, wie er von einer französischen Truppe gezwungen wurde, mit ihr zu marschieren, wie der Führer dieser Truppe zwei Deutsche, die des Weges kamen, einfach niederstieß, den Zeugen und andere Deutsche zwang, die Leichen zu tragen, und wie die Leichen dann an der Stelle, wo die erschossenen französischen Feldwebel gefunden worden waren, auf der Straße niedergelegt wurden. Die anderen Deutschen wurden schwer mißhandelt und bedroht. Dann gelang es dem Zeugen, zu entfliehen.

## Das Todesurteil gegen Görge.

Ein angebliches Geständnis.

Wie aus Mainz berichtet wird, hat der Ingenieur Görge bei der Verhandlung vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz sein früheres Geständnis, der Verfasser des Sabotageaktes von Junsheim zu sein, wiederholt. Er habe zwei Höllemaschinen, die mit 20 Kilogramm Sprengstoff geladen waren, an dem Bahnhof niedergelegt. Ein größeres Unglück ist nur dadurch verhütet worden, daß man die Maschinen entdeckte, ehe ein Zug einfuhr. Angesichts dieses Geständnisses mußten sich die beiden Verteidiger darauf beschränken, das Gericht um Milde zu bitten. Das Kriegsgericht schloß sich aber dem Antrage des Anklägers an und sprach Görge, wie bekannt, des Todes schuldig. — Eine Bestätigung dieser Meldung, die im direkten Gegensatz zu der bisherigen Nachricht von dem durch Folterqualen erpressten Geständnis steht, muß abgewartet werden.

## Stambulinski erschossen!

Ein vereiteltes Staatsverbrechen.

Der entflohene frühere bulgarische Ministerpräsident Stambulinski, der von den Regierungstruppen verfolgt wurde, ist jetzt bei einem Fluchtversuch erschossen worden.

Stambulinski hatte sich an den Kommandanten der Truppe mit der Erklärung gewandt, daß er sich ergeben wolle. Auf dem Wege nach Slawowica griff eine Gruppe von bewaffneten Bauern den Wagen an, in welchem er transportiert wurde, wobei es Stambulinski gelang, zu entkommen. Es erging sofort der Befehl, ihn zu verfolgen, festzunehmen und unter guter Bedeckung nach Sofia einzuliefern. Während der Verfolgung kam es zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf Stambulinski getötet wurde. Die Regierung behauptet das Geständnis tief und hat eine genaue Untersuchung angeordnet. Die im Wohnhause Stambulinskis in Sofia, sowie auf seinem Gute vorgenommenen Hausdurchsuchungen haben zur Aufdeckung eines Planes des früheren Ministerpräsidenten über die Ausrufung der Republik geführt. Nach den vorgefundenen Beweisen war für die Durchführung des Planes der 12. September angesetzt. Zur Einweihung einer neuen Kirche wollte man angeblich 100 000 Bauern nach Sofia bringen. Während der Festlichkeiten sollte König Boris zur Abdankung gezwungen und Stambulinski zum Präsidenten der Republik ausgerufen werden.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich

### 25fache Steuervorauszahlung?

Ein Antrag von Abgeordneten des Zentrums stand im Steuerausschuß des Reichstages zur Beratung, der die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer auf das 25fache erhöhen will, soweit es sich nicht um Einkommen aus festverzinslichen Wertpapieren usw. handelt, falls nicht glaubhaft gemacht wird, daß das steuerbare Einkommen für 1923 voraussichtlich weniger als das 25fache des Einkommens von 1922 betragen wird. Reichsfinanzminister Dr. Hermes betonte zu der Frage, bei einer Verachtundzwanzigfachen des Einkommens der Beamten sei eine Verachtundzwanzigfache oder Verachtundzwanzigfache der Vorauszahlungen nicht ausreichend, sondern erst eine Verachtundzwanzigfache der Vorauszahlung würde einen annähernden Ausgleich für die Geldentwertung bedeuten.

### Neue Eisenbahntariferhöhungen.

Im Reichsverkehrsministerium schweben Verhandlungen über neue Tarifierhöhungen bei der Reichsbahn. Man ist sich einig darüber, daß eine abermalige Herabsetzung der jetzigen Tarife nötig ist. Eine Erhöhung der Preise der bereits für die Feriensonderzüge gelösten Fahrkarten